

Österreichs Straßen und Brücken brauchen jedes Jahr 800 Mio. Euro

Mobilitätsplattform GSV ortet massiven Investitionsbedarf. Ohne Sanierung der Straßeninfrastruktur sind bis zu 23.000 Jobs gefährdet.

Auf den mancherorts bedenklichen Zustand des österreichischen Straßennetzes macht die Österreichische Gesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (GSV) aufmerksam. Ihrer Ansicht nach investiert die öffentliche Hand schon seit Jahren nicht genug Geld in den Erhalt von Straßen und Brücken. „Diese Bauwerke sind von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung“, stellt GSV-Generalsekretär Mario Rohracher fest, „denn sie sind nicht nur wichtig für die Mobilität der Menschen und den Gütertransport, sondern sind auch unverzichtbare Infrastruktur für den Standort Österreich.“ So seien u.a. die Einsatzorganisationen Rettung, Feuerwehr und Polizei mit ihren Fahrzeugen auf ein störungsfrei funktionierendes Straßennetz zwingend angewiesen.

Angesprochen auf die aktuelle Beschaffenheit der Verkehrswege in einzelnen Bundesländern bewertet Rohracher den Straßenzustand in Tirol mit „gut“, in Kärnten und der Steiermark hingegen als „problematisch“. Niederösterreich „bemüht sich“. Vier Prozent der rund 17.000 Straßenbrücken in Österreich seien „mangelhaft“. „Bei uns ist jedes zweite Brückenbauwerk 40 Jahre alt oder älter“, stellt der Sprecher der Mobilitätsplattform fest.

Zurzeit fließen bundesweit pro Jahr rund 570 Mio. Euro in den Erhalt von Straßen und Brücken. „Dieser Betrag muss auf mehr als 800 Mio. Euro aufgestockt werden“, fordert Rohracher. Seit die Zweckbindung aus

der Mineralölsteuer 1987 abgeschafft wurde, seien die notwendigen Investitionen in die Straßeninfrastruktur laufend zurückgegangen, was natürlich auch auf Kosten der Verkehrssicherheit gehe.

Diesen Befund untermauert Christian Helmenstein, Vorstand des Forschungsinstitutes Economica, das im Auftrag der GSV eine Studie zum Thema „Volkswirtschaftliche Bedeutung des österreichischen Straßennetzes“ verfasst hat. „Im Vergleich der Verkehrsträger ist die Straße der mit Abstand wichtigste“, betont er, „aber trotzdem investieren wir in ihr heute weniger als in den 1970er- und 1980er-Jahren.“ Dabei würde jeder für die Straßenerhaltung ausgegebene Euro weitere 90 Cent an Investitionen auslösen, rechnet Helmenstein vor.

Gehen die Aufwendungen für die Instandhaltung von Straßen und Brücken weiter so stark zurück wie zuletzt, sind laut der Economica-Studie in den kommenden Jahren bis zu 23.000 Arbeitsplätze gefährdet. „Investiert man hingegen eine Mio. Euro in die Infrastruktur, schafft das während der Bauphase sechs Jobs“, erklärt der Institutsvorstand. Die Straße sei nämlich ein zentraler Produktionsfaktor für Österreichs Wirtschaft und trage ihren Teil zum hohen Wohlstandsniveau im Land bei.



Bild: AdobeStock